

Liebe UBI-Propagandistinnen (f&m),

UBI<sup>1</sup> ist im Vergleich zu sonstigen politischen Vorhaben eine größere Sache. Nicht als Finanzmasse. Aber in einigen Wirkungen, die üblicherweise als Nebenwirkungen eingeschätzt werden. Welche?

Warum haben wir in der EBI-Kampagne so viele Körbe bekommen? Auf die geäußerten Bedenken und Einwände ist kein Verlass. Zu Grunde liegt wohl eine allgemein geteilte Überzeugung, so selbstverständlich, dass sie gar nicht mehr zu erörtern ist: "Es kommt ja doch nicht. Die Reichen zahlen sicher nicht. Und wenn nicht sie, soll vielleicht auch ich dafür zahlen? Nicht mit mir." Auch eine Art Realismus.

Realistisch, ja, aber nicht wegen des benötigten Geldes. Ein ordentliches UBI könnten die ganz Reichen (private Inhaber großer Vermögen, equity funds, die großen Finanz-, Produktions- und Konsumkonzerne) aus der Portokasse bezahlen. Und wollte man aus Gründen der Gerechtigkeit die Halbreichen, sagen wir das oberste Vermögens- und Einkommensfünftel, an der Finanzierung beteiligen, wird es noch leichter. Nein, da geht's nicht um fehlendes Geld. Finanzprobleme überlagern und vernebeln das eigentliche Problem: das Machtproblem.

Ein UBI, ein emanzipatorisch gestaltetes UBI trocknet die Armutszonen der Gesellschaften aus. Die Absturzdrohung aber, drohende Ausstoßung in die Armut und womöglich weiter hinaus, ist seit langem die bevorzugte Geschäftsgrundlage für Bereicherung und Machtanhäufung. Wer die Ausstoßungszone nicht bloß ein wenig reguliert, etwa mittels "bedarfsgerechter" "Grundsicherung", sondern sie mittels UBI tendenziell überhaupt beseitigt, ist die Geschäftsschädigung in Person.

Also haben wir kein Finanz- sondern das Machtproblem. (Einige wissen das, andere vielleicht weniger.) Was kann getan werden? Gehen wir einen Schritt zurück zum Realismus derer, die "uns" Grundeinkommensbefürworter schlicht nicht beachten. Sie haben darin Recht: Ein Grundeinkommen als isolierter Gesetzesbeschluß sagen wir im Parlament Frankreichs oder im deutschen Bundestag wird es wohl nicht geben, von Zwergstaaten nicht zu reden. Ob die Promotoren es wollen oder nicht: das Vorhaben Grundeinkommen greift zweifach über die vorgefundene Machtsituation hinaus.

Erstens sind die Reichen und ihre politischen Agenten herausgefordert, ihre Geschäftsgrundlage neu zu gestalten, eventuell sich neu zu dimensionieren, sprich: zu schrumpfen. Das werden die Akteure ohne Druck und Sog von außen schwerlich tun, aber mit Druck und Sog eventuell doch, wie historische Erfahrungen nahe legen. Druck und Sog im Maßstab der Mächtigen, also global wirksam, können die absteigenden Kleinstaaten Europas sicherlich nicht aufbringen, ein Bundesstaat der 500 Millionen jedoch wohl.

Zweitens können solcher Druck und Sog nicht isoliert nur zwecks Grundeinkommen aufgebracht werden. Wenn schon die Konfrontation mit global verankerten Reichen/Mächtigen, dann wird eine breite Palette von Anliegen in den Streit einklinken, ökologisch, sozial, Kontrolleindämmung, Wirtschaftsstil, Erneuerung der Demokratie ...

Fazit: Wer sich für UBI engagiert, über Bewußtseinsänderung und Kulturinitiativen hinaus, wird Bündnisse anstreben über das Grundeinkommen hinaus. Und wird Aktionsräume mit gestalten über den Kleinstaat hinaus. Morgen also: Wahlen zur Gründungsversammlung der Völker Europas. Auf der Tagesordnung u. a.: UBI.

Fröhlich grüßend, wenn auch nicht überschwänglich optimistisch  
erich

---

<sup>1</sup> UBI Unconditional Basic Income, Bedingungsfreies Grundeinkommen